



Leseprobe

Max Czollek

Gegenwartsbewältigung

Bestellen Sie mit einem Klick für 12,00 €



Seiten: 208

Erscheinungstermin: 11. Januar 2023

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Das Manifest für die plurale Gesellschaft, das Antworten auf die politische Gegenwart gibt.

In Zeiten der Krise leiden Gesellschaft und Vielfalt. Für Max Czollek bieten staatstragende Konzepte wie „Leitkultur“ oder „Integration“ darauf keinerlei Antwort. Über seine Streitschrift „Desintegriert euch!“ wurde seit dem Erscheinen 2018 viel diskutiert. Beschrieb sie den Status quo des deutschen Selbstverständnisses, entwirft Czollek nun das Modell für eine veränderte Gegenwart: Wie muss sich die Gesellschaft wandeln, damit Menschen gleichermaßen Solidarität erfahren? Welche liebgewonnenen Überzeugungen müssen wir alle dafür aufgeben? Wie kann in einer fragmentierten Welt die gemeinsame Verteidigung der pluralen Demokratie gelingen?

Autor

Max Czollek

Max Czollek, Jahrgang 1987, studierte Politikwissenschaften an der FU Berlin und promovierte im Anschluss am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung. Seit 2009 ist er Mitglied des Lyrikkollektivs »G13«, organisiert gemeinsame Lesetouren und Veröffentlichungen und ist Kurator des internationalen Lyrikprojekts »Babelsprech«. Außerdem ist er Mitherausgeber der Zeitschrift »Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart«. Er lebt und arbeitet in Berlin.

In Zeiten der Krise leiden Gesellschaft und Vielfalt. Für Max Czollek bieten staatstragende Konzepte wie »Leitkultur« oder »Integration« darauf keinerlei Antwort. Über seine Streitschrift »Desintegriert euch!« wurde seit dem Erscheinen 2018 viel diskutiert. Beschrieb sie den Status quo des deutschen Selbstverständnisses, entwirft Czollek nun das Modell für eine veränderte Gegenwart: Wie muss sich die Gesellschaft wandeln, damit Menschen gleichermaßen Solidarität erfahren? Welche liebgewonnenen Überzeugungen müssen wir alle dafür aufgeben? Wie kann in einer fragmentierten Welt die gemeinsame Verteidigung der pluralen Demokratie gelingen?

MAX CZOLLEK, Jahrgang 1987, studierte Politikwissenschaften an der FU Berlin und promovierte im Anschluss am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung. Seit 2009 ist er Mitglied des Lyrikkollektivs »G13«, organisiert gemeinsame Lesetouren und Veröffentlichungen und ist Kurator des internationalen Lyrikprojekts »Babelsprech«. Außerdem ist er Mitherausgeber der Zeitschrift »Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart«. Er lebt und arbeitet in Berlin.

Max Czollek

**GEGEN-
WARTS-
BEWÄL-
FUNG**

btb

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf
deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage

Genehmigte Taschenbuchausgabe Januar 2023

btb Verlag in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München

Copyright © 2020 Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München

Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung der
Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München

Umschlaggestaltung: semper smile, München,
nach einem Entwurf von Anzinger und Rasp, München

Druck und Einband: GGP Media GmbH, Pößneck

JT · Herstellung: sc

Printed in Germany

ISBN 978-3-442-77202-5

www.btb-verlag.de

www.facebook.com/btbverlag

Für Leah und Gudrun

INHALT

Einleitung: Gegenwartsbewältigung	9
Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Heimat	25
Quarantini-Time für die deutsche Leitkultur	39
Kultur gestern? Fragen an die Nachkriegsliteratur	55
Wehrhafte Poesie, oder: Schreibe so, dass die Nazis dich verbieten würden!	71
Symbolische Juden und andere Trophäen	89
Hufeisentheorie forever. Symmetrie im rechten Winkel	105
Ostdeutscher Antifaschismus, ostdeutsche Realitäten	121
Die politische Schönheit des 9. Novembers	139
Komplexe Intersektionalität	153
Jüdisch-muslimische Leitkultur	169
Literatur	187

EINLEITUNG: GEGENWARTS- BEWÄLTIGUNG

Auch wenn politische Regime gestürzt, Ideologien kritisiert und demontiert werden können – hinter jedem Regime und seiner Ideologie steht eine Art des Denkens und Fühlens, eine Reihe von kulturellen Gewohnheiten, eine Wolke von dunklen Instinkten und unauslotbaren Trieben.

UMBERTO ECO¹

Keine*r kann genau sagen, wann das mit der Corona-Krise so richtig anfing. Zunächst war es nicht mehr als ein dumpfes Grummeln in den Newsfeeds, ein entferntes Gewitter wie so viele da draußen, das schon vorbeiziehen würde. Einige Wochen zählte ich die allmählich kürzer werdenden Pausen zwischen Blitz und Donner, beruhigt, dass ich noch lange in den zweistelligen Bereich kam. Und dann, plötzlich, brach die Krise heraus aus ihren kurzen Erwähnungen in den Nachrichten – und hinein in meine Gegenwart. Am 18. März 2020 trat Angela Merkel vor die Kameras und tat etwas, das sie in ihren fünfzehn Jahren als Bundeskanzlerin sonst nur zu Neujahr getan hatte: Sie wandte sich mit einer Ansprache an die deutsche Bevölkerung.

Mit zunehmendem Abstand scheint es mir, als konzentriere sich in Merkels Rede die Corona-Krise als zeitgeschichtliches Ereignis. Aber das bemerkte ich im Moment der Ansprache nicht. Auf ihre nüchterne Weise appellierte die Bundeskanzlerin an die Vernunft derjenigen, die den Menschen um sich herum irgendwie Gutes wünschen – aller Vermutung nach immer noch die Mehrheit in diesem Land –, und versuchte, sie von der Gefährlichkeit des Virus zu überzeugen.

Aber mit ihrer »letzte[n] Mahnung aus dem Kanzleramt«² stimmte sie die Bevölkerung gleichzeitig ein auf die rasch auf die Rede folgenden drastischen Beschränkungen demokratischer Freiheiten.

Nur einen Tag vor Merkels Ansprache hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in seiner Rede von einem Krieg gegen einen »unsichtbaren Feind« gesprochen, was wie der Aufruf zu einer »Generalmobilmachung«³ klang. Im Vergleich dazu hatte die Bundeskanzlerin ein wohlthuendes, weniger bellizistisches Vokabular gewählt, was vielleicht auch daran lag, dass Deutsche ihre Kriege tendenziell verlieren. Ganz ohne Kriegserwähnung aber kam auch sie nicht aus, wie das in einem Land, in dem viele Eltern und Großeltern knietief in den mörderischsten Krieg aller Zeiten verwickelt waren, ja auch nur angemessen ist. Um die Bedeutung der Corona-Krise zu unterstreichen, sprach Merkel von der größten Herausforderung »seit der Deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg«.⁴ Ich fragte mich, welche Herausforderung Merkel meinte – wirklich den Zweiten Weltkrieg oder nicht doch eher die Zeit danach? Sicherlich, Welt Eroberung und Völkermord sind anstrengende Geschäfte, aber die Bundeskanzlerin hatte wohl eher die zerstörte deutsche Industrie vor Augen als die deutschen Vernichtungsfeldzüge in Osteuropa.

Wie dem auch sei, meiner Meinung nach lag die Bundeskanzlerin mit ihrem historischen Verweis auf den Zweiten Weltkrieg ohnehin nicht ganz richtig. In der emotionalen Wucht, mit der sie die deutsche Bevölkerung ganz unkriegerisch zu einer Art solidarischer Mobilmachung aufrief, erinnerte mich die Rede weniger an die Zerstörung des Zweiten Weltkriegs als an die nationale Euphorie zu Beginn des Ers-

ten. In einer der berühmtesten Ansprachen an die Deutschen überhaupt formulierte es Kaiser Wilhelm II. damals am 4. August 1914 folgendermaßen:

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.

Damit hatte der Kriegseintritt Deutschlands seine Formel gefunden. An der anschließenden öffentlichen Inszenierung der deutschen Volksgemeinschaft nahmen dann auch diskriminierte Gruppen wie Sozialdemokrat*innen oder Juden und Jüdinnen teil, auch, weil sie sich durch ihre Beteiligung ein höheres Maß an Anerkennung erhofften.⁵ Diese allgemeine Hochstimmung zu Kriegsbeginn 1914 wird auch als *Augusterlebnis* bezeichnet. So viel in den Monaten der globalen Entwicklung der Corona-Pandemie passierte und weiterhin passieren wird: die euphorische öffentliche Solidarisierung von deutschem Staat und Gesellschaft Anfang 2020 möchte ich analog als *Märzzerlebnis* bezeichnen. Denn auch hier war die behauptete umfassende Solidarität nicht nur ungewöhnlich – sondern auch äußerst fragwürdig.

Je weiter der März 2020 zurückliegt, umso erstaunlicher scheint mir nämlich, mit welcher Geschwindigkeit und welchem Enthusiasmus die Menschen den Vorschlägen und Anweisungen der Regierung Folge leisteten. Und zwar auch jene Bevölkerungsteile, deren Angehörige nur wenige Wochen zuvor beim größten rassistischen Mord der Nachkriegsgeschichte in Hanauer Shishabars ermordet wurden und die zweifelsohne auch in Zukunft weiterhin als »Integrationsprobleme« bezeichnet werden würden. Dieser Gehorsam gilt übrigens auch für mich, denn ich begab mich zu einem Zeit-

punkt in Selbstisolation, zu dem die meisten Menschen um mich herum noch zur Arbeit gingen. Meine Veranstaltungen waren abgesagt worden, die Arbeit an diesem Buch machte die Umstellung ohne größere Probleme möglich und die Worte der Kanzlerin und der Expert*innen schienen mir nachvollziehbar. Da kaufte ich eben für zwei Wochen Nahrungsmittel, sah meine Freund*innen nur noch über das Internet und beschränkte mich auf kurze Spaziergänge über Kreuzberger Friedhöfe, während es vor meinem Fenster Frühling wurde. Wie alle in meiner Umgebung stellte ich mein Leben im Sinne der staatlichen Maßnahmen so schnell und so grundlegend um, wie ich es noch kurz zuvor niemals für möglich gehalten hätte.

Wie gern würde ich glauben, dass ich das gemeinsam mit den 95 Prozent der Bevölkerung, die die Maßnahmen der Bundesregierung Ende März befürworteten, vor allem aus Solidarität mit den besonders bedrohten sogenannten Risikogruppen tat.⁶ Aber das wäre nur die halbe Wahrheit. Denn dieser beeindruckend kollektive Akt der Solidarisierung ergab sich nicht spontan und auch nicht einfach nur aus einer plötzlich entdeckten Menschenliebe der Deutschen heraus. Vielmehr wird derartige »Schutz der Bevölkerung« seit Jahrzehnten und Jahrhunderten rhetorisch und politisch eingeübt – seine Kehrseite ist nicht nur die nationale Abschottung nach außen, die auch während der ersten Monate der Corona-Krise nicht nachließ, sondern außerdem der Entzug von Solidarität für diejenigen Teile der deutschen Bevölkerung, die nicht zur Gesellschaft gezählt werden oder gleichermaßen an ihr teilhaben können.

Solches Denken *beschränkter Solidarität* kann weltweit

viele Formen annehmen, in Deutschland hat es eine ganz eigene tödliche Tradition. Die als Gemeinschaftsaufgabe beschworene und zunächst von Millionen Menschen freiwillig, bald auch durch Verordnungen geregelte persönliche Isolation verband Staat und Gesellschaft in einer spezifischen Denk- und Fühlweise, die radikal unterscheidet zwischen jenen, die staatliche Hilfe und Solidarität verdienen, und jenen, die es nicht tun. Selbstverständlich passierte das alles unter der Beteuerung der besten Absichten sowohl von Regierungsseite als auch von uns, den mit aller Glaubenskraft sich beispielhaft solidarisch wählenden Bürger*innen.

Aber die kollektive Akzeptanz von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, der bereitwillige Verzicht auf das Grundrecht der Freizügigkeit, die begrenzten Besuche der Angehörigen Sterbender in den Krankenhäusern und die vielen weiteren Eingriffe in Rechte und Sicherheiten eignen sich nicht als schillernde Beispiele für eine Solidarität, die Menschen in einer funktionierenden Gesellschaft füreinander empfinden können und empfinden sollten. Denn eine solche Solidarität braucht kein Bedrohungsszenario und gilt für alle gleichermaßen. Die Fähigkeit staatlicher Institutionen, unter rasanter Suspendierung bürgerlicher Freiheitsrechte schnell und entschlossen durchzugreifen, demonstrierte vor allem eines in aller Deutlichkeit: Dass etwa die seit vielen Jahren nahezu ausbleibenden Reaktionen auf Nazistrukturen in Polizei, Bundeswehr und Verfassungsschutz oder die unterlassene Hilfe für das vor den Augen der Welt elende Vegetieren der Männer, Frauen und Kinder an den Außengrenzen der Festung Europa niemals Resultate gesellschaftlichen und staatlichen Unvermögens waren – sondern ihres Unwillens.

Die Corona-Krise wirkte von Anfang an als »Kontrastmit-

tel«, das mit den Worten der Autorin Carolin Emcke gesprochen »sichtbar macht, was in unseren Gesellschaften fehlt, was wir fahrlässig geschwächt haben, welche Ungleichheiten toleriert, wem Anerkennung verweigert wurde und wem angemessener Lohn«. ⁷ Unter Zugabe des viralen Kontrastmittels trat deutlich hervor, dass die so viel beschworene Solidarität keineswegs für alle gleichermaßen galt – und gilt. Ich notiere das mit der gebotenen Vorsicht. Selbstredend stimme ich zu, dass es notwendig ist, ein gefährliches Virus auch durch gemeinsame Anstrengungen zu bekämpfen, die bis zum demokratisch kontrollierten Verzicht auf Freiheitsrechte reichen können. Zugleich meine ich, dass wir angesichts des einzigartigen staatlichen Appells an die Solidarität die Frage stellen müssen, *für wen* derartige ungeheure Anstrengungen eigentlich unternommen werden. Und die schmerzhafteste Antwort lautet: In jenen Monaten des Jahres 2020, in denen der Staat seinen Subjekten einen Weg in die solidarische Isolation wies, wurden wir alle zu Kompliz*innen eines Systems, das manche Menschen verrecken lässt und andere nicht.

Von dieser Kompliz*innenschaft handelt dieses Buch: von den Vorstellungen, die wir von Gesellschaften allgemein und insbesondere der deutschen Gesellschaft haben, und davon, wen das überhaupt meint, die deutsche Gesellschaft, wer dazugehört zu ihrem *Wir*. Ich werde zeigen, dass zu seiner Konstruktion eine Menge Konzepte kursieren, deren historische und politische Hintergründe häufig nur unzureichend aufgearbeitet sind. Wie im Falle der Gemeinschaftsgefühle zu Beginn der Corona-Krise meinen Menschen es oft gut, wenn sie »wir« sagen, das aber macht die dahinter liegenden Arten des Denkens und Fühlens nicht weniger gefährlich für diejenigen, die darin nicht einbezogen sind oder denen die Solidari-

